

Vorlage für die Sitzung des Senats am 27.04.2021

**„Henny Brunken – Bremens „Gerechte unter den Völkern“
(Anfrage für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft)**

A. Problem

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft am 4. Mai 2021 folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Wir fragen den Senat:

1. Trifft es nach Kenntnis des Senats zu, dass Henny Brunken die einzige Person aus Bremen ist, der von der Gedenkstätte Yad Vashem der israelische Ehrentitel „Gerechte unter den Völkern“ verliehen wurde?
2. Wie lautet der Stand der Umsetzung des Beschlusses des Beirats Hemelingen vom 7. Februar 2013, den Weg vom Hastedter Osterdeich zum Weserwehr und zum Kraftwerk als Henny-Brunken-Weg zu benennen?
3. Welche sonstigen öffentlichen Würdigungen der Person Henny Brunken durch den Senat oder andere bremische Stellen haben nach Kenntnis des Senats stattgefunden oder sind geplant?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Nach Auskunft des Staatsarchivs Bremen werden insgesamt vier Bremer*innen als „Gerechte unter den Völkern“ bezeichnet. Es handelt sich um Henny Brunken, Martha Heuer, Melida Palme und Georg Ferdinand Duckwitz.

Zu Frage 2:

Die Umsetzung des Beschlusses befindet sich im Verfahren, eine Benennung wird voraussichtlich im 2. Quartal 2021 erfolgen.

Zu Frage 3:

Der Senat hat keine Kenntnis zu sonstigen erfolgten oder geplanten öffentlichen Würdigungen durch den Senat oder andere Bremische Stellen für Henny (Henriette) Brunken.

C. Alternativen

Werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle/ Personalwirtschaftliche Auswirkungen/Genderprüfung

Keine finanziellen, personalwirtschaftlichen oder genderbezogenen Auswirkungen durch die Beantwortung dieser Anfrage.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Vorlage ist mit dem Senator für Kultur und der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatskanzlei vom 16.04.2021 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion von BÜNDNIS90/DIEGRÜNEN in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.